

Meine Zeitung erscheint
jede Woche Samabends.
Durch monatlich durch
die Post bezogen 40 Pf.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Ausgelpreis:
50 Pf. für die 3-gespl.
Postseite.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Niemann, Hannover.
Redaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Max Wollermann †

Am 30. April, abends gegen 11½ Uhr, ist auf der Strecke Marienburg—Schneidemühl der Berliner Schnellzug entgleist. Das Unglück ereignete sich auf polnischem Gebiet, zwischen Swarzogin und dem ehemaligen Preußisch-Stargard. Unter den sofort Gebliebenen befand sich leider auch unser Gauleiter für den Gau 5 (Ost- und Westpreußen), der Kollege Max Wollermann. Er ist in der Ausübung einer Verbandspflicht zu Tode gekommen. Kollege Wollermann befand sich auf der Reise nach Hannover, um an einer vom Hauptvorstand einberufenen Gauleiterkonferenz teilzunehmen. Bei Eröffnung der Konferenz am 2. Mai, morgens, teilte der Kollege Brey den sämtlich anwesenden Gauleitern die Nachricht von dem Tode des Kollegen Wollermann mit. Stehend nahmen die Anwesenden die erschütternde Nachricht von dem tragischen Tod ihres treuen Kollegen entgegen.

Max Wollermann ist am 2. Oktober 1879 in Landsberg a. d. W. als Sohn einer armen Arbeitersfamilie geboren, er ist also nur 45 Jahre alt geworden. Er hat die ganze Not und das ganze Elend eines Proletarierkindes ausgestanden bis auf die Reife, und er war deshalb der gegebene Vertreter der bedrückten ost- und westpreußischen Arbeitskollegen, denn er kannte ihre Leiden und Sorgen aus der Praxis. Frühzeitig verlor er seinen Vater, und so mußte er als 18jähriger, kaum aus der Schule entlassener Junge in das Arbeitsloch hinein, um seiner Mutter behilflich zu sein. Er arbeitete zunächst in der Landwirtschaft, flüchtete aber sehr bald aus dem Junkerparadies in die Industrie. So arbeitete er nacheinander in Ziegelerien, in einer Stärkefabrik, in Schneidemühlen usw. Im Jahre 1905 trat er unserem Verbande bei, wurde durch das Vertrauen seiner Kollegen sofort zum 2. Bevollmächtigten der Zählstelle Landsberg bestimmt und war dann bis 1909 Leiter dieser Zählstelle. Von Landsberg aus hat Wollermann die Agitation in der ganzen Umgebung unter den größten Schwierigkeiten, aber mit Erfolg betrieben. Er gründete eine ganze Reihe von Zählstellen, und die Folge war, daß ihm schließlich alle Arbeitsstellen verschlossen blieben. Doch ist es den Unternehmern nicht gelungen, die agitatorische Tätigkeit Wollermans lahmzulegen. Bei der Nüchternheit und der Treue Wollermans zur Organisation war es natürlich, daß die Verbandsinstanzen ihn im Jahre 1909 zum Gauleiter für den Gau 5 wählten, als diese Stelle zu besetzen war. Am 1. Januar 1909 hat Wollermann seine Stelle angefahren, die er bis zu seinem Tode in vorbildlicher Weise ausgefüllt hat.

Unser toter Kollege war das Muster eines Gauleiters in moralischer Beziehung sowohl als auch in bezug auf Gewissenhaftigkeit, Arbeitseifer und innere Überzeugungsfreude. Die Mitgliedschaft des Gaus 5 hat einen freuen Kollegen, einen mutigsten Gauleiter und einen vorzüglichen Führer und Berater verloren, der Gesamtverband über eine fast unerschöpfliche Arbeitskraft. Das jetzt vorübergehend verwässerte Agitationsgebiet ist eines der schwierigsten im Reiche, und diese Tatsache lädt uns den Verlust des Kollegen Wollermann um so schwerer empfinden.

Die Verbandsinstanzen geben an dieser Stelle ihrem Schmerz Ausdruck über den tragischen Verlust eines unserer Helden. Max Wollermann hat sich innerhalb unserer Organisation durch seine hervorragenden menschlichen und kollegialen Eigenschaften ein unvergängliches Denkmal geschaffen. Habe Dank.

Im Namen der Wissenschaft oder im Namen der Arbeitgeber?

Es gibt eine voraussehungslose Wissenschaft, die mit Objektivität an alle Dinge herangeht. Es gibt aber auch eine andere, die ihr Ziel schon vor der wissenschaftlichen Untersuchung festgelegt hat. Diese Wissenschaft könnte man die Wissenschaft des deutschen Unternehmertums nennen. Warum?

Es ist das selbstverständliche Bestreben der Großunternehmer, für ihren Standpunkt in der Lohn-, Arbeitszeit-, Steuer- und Sozialpolitik die öffentliche Meinung zu gewinnen. Genügt doch das reine Machtwort nicht, wenn die Richtigkeit ihres Vorgehens nicht glaubwürdig gemacht wird. Das Lösungswort der Rechtfertigung heißt: die Wirtschaft. Alles, was die Arbeitgeber unternehmen, geschieht im Interesse der Wirtschaft. Eine riesige Presse ist eifrig bemüht, diese Parole auf sämtliche Forderungen und Tätigkeiten der Unternehmer anzuwenden. Diese Erkenntnis muß aber noch verfeßt werden und zu diesem Zwecke verlegen die Arbeitgeberverbände Bücher und Broschüren, wo von gelehrten Fédern der Beweis geführt wird, daß der Standpunkt der Unternehmer in diesen Fragen der einzige richtige, der der Arbeitnehmer aber verwerflich sei. Professoren werden für diese Arbeiten bevorzugt. So enthält auch das Heft 9 der

Schriften der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Arbeit des Professors Dr. Hermann Levy an der Technischen Hochschule in Berlin unter dem Titel: "Der deutsche Arbeitnehmer und die internationale Wirtschaft." Um es vorwegzunehmen, ist das Buch des Professors Levy sehr schlecht, ja für einen Volkswirtschaftler geradezu verblüffend schlecht. Es ist nichts anderes als ein Pamphlet, ohne wissenschaftliche Durch-

rechte bezeichnend, daß Professor Levy weder in diesem Zusammenhang noch in seinem Buch überhaupt von so etwas wie Monopolkapital, Trusten und Kartellen auch nur ein Wort erwähnt. Gehören vielleicht diese Gebilde zum wirtschaftlichen Individualismus? Professor Levy wird dies schwerlich behaupten können. Er fordert die Verbilligung der Produktion als einziges Mittel zur Aufhebung der Wirtschaftskrise. Zu diesem Zwecke sollen die Arbeitnehmer auf sozialpolitische Anerkünfte verzichten und überhaupt nicht die Verteilung, sondern die Produktion in den Vordergrund stellen, mit anderen Worten, keine Lohnforderungen (die sich durch die Erhöhung der Konsumfähigkeit auf die Verteilung der Güter beziehen), erheben. An die Adresse der Grundbesitzer, Unternehmer und Banken werden aber keine Mahnworte zur Verbilligung der Produktion gerichtet in dem Sinne, daß diese auf einen Teil der Überwinde (insbesondere denken wir an die monopolistischen Mehrgebinde), der Grundrente und hohen Zinsen verzichten sollten. Von den Arbeitnehmern fordert er, daß sie sich statt mit sozialpolitischen, mehr mit den Problemen der Gütererzeugung, der Produktivität der Volkswirtschaft beschäftigen sollen, und bedauert die bewußte Ablenkung breiter Volksmassen von den Problemen der Gütererzeugung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Erziehung der Arbeitnehmer zum Verständnis der wirtschaftlichen Probleme notwendig ist und diesbezüglich noch große Aufgaben der Leiter der Arbeitnehmerorganisationen hatten; zweifelhaft ist nur, ob die so notwendige volkswirtschaftliche Schulung der Arbeitnehmer zu dem Ergebnis führen wird, daß sie die Forderungen der Arbeitgeber dann ohne weiteres hinnehmen werden. Das möchten wir bezweifeln. Wenn Professor Levy sich für die englische Arbeiterbewegung begeistert, wo die Entwicklung der Arbeiterpartei das traditionelle Gefühl für die Ansprüche der reinen Wirtschaft im englischen Arbeiter nicht zu erträumen und die Grenzen von Wirtschaft und Politik nicht zu verschwischen vermochte, so entspricht diese Darstellung nicht den Tatsachen. In keinem einzigen Land haben in den letzten Jahren so umfangreiche Arbeitskämpfe stattgefunden wie eben in England. Und was die Beschäftigung mit Produktivitätsproblemen der Volkswirtschaft anbelangt, so wurden in den Betriebsräten Organe geschaffen, denen auch die Beschäftigung mit den Fragen der Produktion obliegt. Dieser ihnen ursprünglich zugesetzte Aufgabe haben die Betriebsräte bisher noch nicht entsprochen. Wir haben aber keinen Grund zu der Annahme, daß Professor Levy oder die Arbeitgeberverbände sich für die Beschäftigung der Betriebsräte mit den Fragen der Produktion sehr begeistern werden. Es ist aber nicht sehr loyal, zu verneinen oder zu verschweigen, daß die Gewerkschaften bei der Auflösung ihrer Forderungen auf die allgemeine oder besondere Wirtschaftslage keine Rücksicht nehmen, wo sie dies natürlicherweise und auch im eigenen Interesse nie unterlassen können.

Einer der Hauptzwecke Professors Levys ist, gegen den Aufstand und gegen die Klassifizierung des Washingtoner Abkommen anzukämpfen. Seine Argumente sind die alten, wohlbekannten. Ein neues soll aber als eine sonderbare Blüte dieser Literatur hier herausgestellt werden. Die Lage des deutschen Arbeiters ist nicht daran, daß er die Arbeitszeitverkürzung durch eine Erhöhung seiner Leistungen weitmachen kann. Die deutsche Arbeiterschaft ist durch die Unterernährung während des Krieges und der Inflation körperlich und seelisch so sehr herabgedrückt, daß sie keineswegs in der Lage ist, in kürzerer Zeit als bisher etwa das gleiche oder mehr wie früher zu leisten. Das heißt, daß der deutsche Arbeiter unsererseits und er schlägt ist, soll er länger arbeiten, meint Professor Levy in vollem Ernst. Im übrigen nimmt der Hochschulprofessor das von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände im Herbst 1924 herausgegebene statistische Material über die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung als positive Wahrheit. Daß die Angaben der Arbeitgeber auch gefärbt oder willkürlich ausgewählt und gruppiert sein könnten, darf dem Wissenschaftler, der im Auftrag der Arbeitgeber schreibt, nicht einfallen.

Es wird viel darüber gesprochen, daß das Ausland Furcht vor der deutschen Konkurrenz hat, die infolge der deutschen Arbeitszeitverlängerung verschärft wird. Was Professor Levy hierüber schreibt, ist recht komisch. Er scheint sich nicht zu behaupten, daß eine solche Angst vor der deutschen Konkurrenz bei den Unternehmen des Auslands gar nicht besteht, dagegen um so mehr bei den ausländischen Arbeitern, die im übrigen auch gegen die Lieferungen Deutschlands auf Reparationskonto aus Konkurrenzsucht Widerstand leisten. Als Beleg hierfür dienen ihm die erwähnten Zeitungsausschnitte: einige Erklärungen englischer Bankdirektoren, daß sie die deutsche Konkurrenz für natürlich halten, und auf der anderen Seite einige ungenaue und irreführende Mitteilungen bürgerlicher Blätter, unter anderen der "Financial Times" über die Stellungnahme des Internationalen Bergarbeiterverbandes. Fürchterlich der Herr Professor nicht, daß er durch diese Arbeitsmethode den Fluch der

Aufwärts und vorwärts!

+

**Mehr als 20000
neue Kämpfer**

haben sich in den letzten Wochen in dem
**Proletarierheer des Verbandes
der Fabrikarbeiter Deutschlands**

in Reih und Glied gestellt. Fürwahr ein
schöner Erfolg unserer Werbearbeit und
der Werbekraft des Gewerkschaftsgen-
dankens, ein Ansporn, unseren Werbe-
eifer zu verdoppeln.

+

Aufwärts und vorwärts!

bringung des Materials, dagegen einseitig und in manchen Teilen zweifellos nicht in gutem Glauben geschrieben. Als Belege dienen ihm von ungefähr zusammengesuchte und zusammengezwungene Zeitungsausschnitte, mit denen ganz willkürlich umgesprungen wird. Als Unterlage für die Folgerungen, die die bekannten Unternehmerphrasen enthalten, stellt Professor Levy ein Konjunkturbild der Weltwirtschaft auf, das seiner Ansicht nach außerordentlich frantig ist. Ja, es ist in seiner Darstellung ebenso frantig wie in der der kommunistischen Literatur, die im gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Niedergang den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems erblickt. Diese Literatur kann aus den Darstellungen Professors Levys neue Nahrung schöpfen.

Nun ist die Lage der Weltwirtschaft in der Tat nicht günstig, wenn auch bei weitem nicht so schlimm, wie aus diesen Schriften hervorgeht. Wir können an dieser Stelle die Nachprüfung des von Professor Levy entworfenen Konjunkturbildes nicht vornehmen, können aber nicht umhin zu bemerken, daß seine Darstellung in ihren Einzelheiten fast durchweg irrichtig ist. Seine Behauptung, daß es heute keinen einzigen Wirtschaftsstaat gäbe, der von sich sagen könnte, daß sein Wohlstand dem friedlichen Vorjahr gleicht, stimmt ebenso wenig wie daß die Valuten der verschiedenen Länder in weiterem Verfall begriffen sind. Auch ist seine Darstellung der Preisentwicklung nicht zutreffend. Diese nur zur Charakterisierung der sogenannten wissenschaftlichen Unterlagen der Arbeit.

In der Verleihung des Lades und des Lobes ist Herr Professor Levy recht einseitig. Sablungsvolle Mahnworte an die Arbeitnehmer, doch keine an die Arbeitgeber, obwohl seine eigene Darstellung dazu oft Anlaß geben könnte. So kommt Professor Levy über den Rückgang der deutschen Ausfuhr infolge der Hochschulpolitik der ausländischen Staaten seit dem Kriege. Nun sind die deutschen Arbeitgeber, in deren Auftrag er das Buch geschrieben hat, ebenfalls Hochschulzöllner. Warum mahnt er nicht diese Schuhzollforderungen aufzugeben?

Ist es doch klar, daß mit dem Abbau des Schuhzollsystems einmal begonnen werden muß, die Forderungen der deutschen Arbeitgeber stehen aber diesem Abbau entgegen, ja es würde ihre Erfüllung die Abschottung der ausländischen Länder nur noch steigern. Oder aber Professor Levy beklagt sich über das Verschwinden des Individualismus, darüber, daß der Wettbewerb, die Überlegenheit der Tüchtigeren nicht mehr als treibende Kraft angesehen wird; er bedauert von Herzen, daß das System der schablonhaften Verteilung, dem System des Individualismus gegenübergestellt wird.

Der Niedergang des Individualismus hat die sied-
bedauerlichen Klassenunterschiede hervorgebracht. Es ist aber

Löscherlichkeit auf sich zieht? Kann doch jeder dem Herrn Professor 20 andere Zeitungsausschüsse entgegenhalten, wo ausländische Unternehmerverbände ihrer Angst vor einer deutschen Dumping-Konkurrenz Ausdruck geben, und ebenso kann man auch beweisen, daß die ausländischen Arbeiterorganisationen die deutschen Sachleistungen nicht verhinderten, sondern im Gegenteil diese, insbesondere die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, durch deutsche Arbeitskraft zu fördern bestrebt waren.

Professor Levy geht aber noch viel weiter. Der wirkliche Zweck seiner Arbeit scheint zu sein, die deutschen Arbeitnehmer mit ihren ausländischen Arbeitsführern zu vereinigen und ihnen einzurufen, daß sie vom Internationalem Gewerkschaftsbund von Amsterdam vertraten und betrogen werden, ohne daß sie dies merken. In seiner Darstellung ist der Internationale Gewerkschaftsbund von Amsterdam ein Organ der Feinde Deutschlands und einzige bestrebt, die Konkurrenz Deutschlands zu unterdrücken und die deutsche Wirtschaft zugunsten ausländischer Konkurrenten auf dem Weltmarkt unter dem Deckmantel eines sozialpolitischen Fortschritts zu beeinflussen.

Aut deshalb fordert der Internationale Gewerkschaftsbund das angeblich „einseitige“ Eintreten für den Achtstundentag in Deutschland. Auch sonst befinden sich in der Schrift des Professors Levy eine Anzahl von unwahren Angaben über die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit dem Zweck, diesen bei den deutschen Arbeitnehmern anzuschwärzen. Er fadelt die angeblich für Deutschland ungünstige Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der Reparationsfrage; eine Undankbarkeit sondergleichen, wo doch bekannt ist, daß während die ausländischen Unternehmer noch jahrelang eine nachlässige Nachpolitik zur Unterdrückung Deutschlands führten und der Versöhnung der Völker entgegengearbeitet haben, der Internationale Gewerkschaftsbund die erste Organisation war, die trotz mancher Schwierigkeiten folgerichtig für die gerechte und der deutschen Leistungsfähigkeit Rechnung tragende Regelung der Reparationsfragen bei jeder Gelegenheit eingetreten ist. Dies war zu der Zeit eine Dose in der Wüste. Aus der Darstellung des Professors Levy könnte ein Uneringewohnter entnehmen, daß das Gegenteil der Fall war. Ferner wirft er dem Internationalen Gewerkschaftsbund vor, er hätte mit keinem Wort gegen die hochschulzöllnerische Absprappolitik Stellung genommen. Somit wir wissen, war der Internationale Gewerkschaftsbund immer gegen die handelspolitische Absprappolitik der Völker, was von den durch Professor Levy vertretenen deutschen Unternehmern, wie oben schon erwähnt, nicht gesagt werden kann.

Zum Schluß möchten wir noch einen schönen Satz aus der „Schlessemierung“ Professor Levys anführen: „Jede Berufsalasche, wenn sie Anspruch auf volkswirtschaftlichen Wert erheben will, muß zeigen, inwieweit sie bereit ist, ihre Sonderinteressen mit den Interessen der wirtschaftlichen Gesamtheit in Einklang zu bringen. Diese Mahnung, die Prof. Levy an die Arbeitnehmer richtet, dürfte mir größeres Recht für die Arbeitgeber, in deren Auftrag er sein Buch schrieb, gelten.“

Es ist nun einmal so, daß nicht nur die Kunst, sondern auch die Wissenschaft nach Brot gehen muß.

Der „revolutionäre“ Industrieverband der Chemie.

Die Erfülltheit macht zwar keine Witze, aber Leute, die sich einfüllen, Erfülltheit zu machen oder machen zu können, reißen blutige Witze in ihrer ihnen selbst nicht zum Bewußtsein kommenden Naivität.

Bei der Fabrikarbeiterverband — nach den Begriffen der SPD-Politiker — den Klassenkampf subsumiert, seine Führer zu kleben sind, deshalb nutzte der revolutionäre, kommunistische Industrieverband der Chemiearbeiter zur höheren Ehre der Einheitsfront gegenseitig werden. Auch das waffenschwergleiche Städtehen Rellingen mit seinen braven Bürgern bringt in seinen Mauern eine Zollstelle dieses revolutionären Verbandes. Kampf ist die Parole dieser Zwillingsstädte, so erzählten die Führer, Kampf den Unternehmern bis ans Käppi, Kampf denen, die mit den Unternehmern sich an einer Tafel saßen und so eine Art Arbeitsgemeinschaft eingehen. Erzähltet dieser kommunistischen Grundprinzipien hat der Leiter der Zollstelle Rellingen des revolutionären Industrieverbandes an die Unternehmer folgendes Schreiben gerichtet:

„Fabrikarbeiterverband der Chemiearbeiter
Zollstelle Rellingen“

Rellingen, den 14. 1. 1923.

„An die Herren“

„...“

„Lieger Herr“

Die eigene Organisationsfähigkeit in Erfüllung gebracht hat, es fehlt bis jetzt eine leise Stimme des Landes in diesem Bereich noch nicht abweichen möchte. Sie glauben nicht bestimmt, ob Männer zu finden, die diese Zusage ehrlich stimmen gemacht und das gegenüber gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterhalten können.

Der revolutionäre Erfüllung der Arbeitnehmer ist eindeutig zu bestreiten, wird die Arbeitnehmer meinet, daß bei Erfüllung des sozialen Vertrages keine des Unternehmers die Interessen und dem gegenüber die wirtschaftlichen und technischen Interessen des Unternehmers nicht eintragen. Es liegt aus bestreit, wenn ergänzt, daß dieses Verhältnis keinen Platz für einen nicht vorhandenen Raum im Vertrag zu machen, nur über die Gewährung des Sozialbetrags der Arbeitnehmer an die Belegschaft eine entsprechende Ausbildung erzielen.

Um aber nun zu einem ordnungsmäßigen Abschluß des Vertrags zu kommen, müssen wir Sie bitten, diesen allgemeinen Wunsch und die Erfüllung der Belegschaftsbedürfnisse in möglich und die bestehende Lücke bei den Gehalten um 12% Prozent, die der heutigen Arbeitnehmer bei den Gehalten um 11 Prozent zu erhöhen, es wäre dies bei den Führern der Durchschnittsunternehmen auch anderweitig einschließen würde. So hat der Betriebsrat mit dem Unternehmen einen Vertrag geschlossen,

der für die Fabrikarbeiter eine Erhöhung von 10 bis 15 Prozent vorsieht.

Es kann also durchaus nicht entgegenhalten werden, daß von seiten unserer Organisation etwas übermäßig gesfordert würde. Angefangen schon dessen, daß bei den verschiedenen Firmen ältere, wie auch qualifizierte Arbeiter aus freiem Erwerben eine besondere Lohnlage von 4 bis 5 Pf. pro Stunde erhalten, dürfen wir wohl annehmen, daß Sie sich diesem Vorschlag nicht entziehen werden, und würde es ja in Ihrem eigenen freien Erwerben liegen, ebenfalls besondere Vergünstigungen einzuführen, was jedenfalls nur in Ihrem eigenen Interesse liegen würde.

Wir sprechen die Überzeugung aus, daß dadurch nicht nur die Arbeitsintensität des einzelnen gesteigert wird, sondern, was gerade auch in Ihrem Betriebe die Erfahrung gezeigt hat, die Vertragsrente der Belegschaft jederzeit für Ordnung innerhalb des Betriebs einzutreten und den wirtschaftlichen notwendigen Maßnahmen der Firma Verständnis entgegenbringen und so den Betrieb vor Erschütterungen bewahren. Aus alldiesen Gründen und Tatsachen heraus haben wir die Überzeugung gewonnen, daß nur durch gegenseitige Aussprache und Verständigung das gute Einvernehmen gewahrt werden kann, und gestalten uns daher Ihnen hoffentlich einen Lohntarif zu übermitteln. Es wäre uns sehr angenehm, mit Ihnen eine mündliche Aussprache führen zu können, damit alsbald ein fester Abschluß gefestigt werden kann. Sollten Sie jedoch diesem Vorschlag Ihre Zustimmung erweisen, bitten wir Sie uns beigelegte Abschrift mit Unterschrift übermitteln zu wollen, im entgegengesetzten Falle überlassen wir Ihnen, einen Verhandlungstermin zu bestimmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnet

(Stempel) gez. Otto Wick.

Gegen seitiges gutes Einvernehmen, „an liebame Streitungen“, soziales Verständnis der Arbeitgeber, „Vorschlag unserer Anerkennung“, „ordnungsgemäßiger Abschluß des Tariffs“, „erst dann wir hofflich“, usw. Das alles klingt gar nicht mehr revolutionär. Auch die Lohnforderungen bleiben weit unter den sonstigen kommunistischen Forderungen von 50 und 100 Prozent. Auch besondere Vergünstigungen nach freiem Erwerben des Unternehmers sind dem kommunistischen Industrieverband erwünscht. Dadurch wird die Arbeitsintensität des einzelnen gesteigert und die Vertragsrente werden jederzeit für Ordnung im Betrieb einzutreten und denselben vor Erschütterungen bewahren. Das gute Einvernehmen wird zum Schlusse noch einmal in Aussicht gestellt.

Eine solche Schwärmerei hat eine starke, sich ihrer Stärke bewußte Organisation nicht nötig. Wozu sind nun die Mitglieder des Industrieverbandes eigentlich aus dem Fabrikarbeiterverband ausgetreten? In ihrer alten Organisation hatten sie jedenfalls eine würdigere Vertretung. An dem Beispiel des Rentslinger revolutionären Verbandes wird die Demagogie wieder aufgedeckt. Solange die Herren KPD, die Verantwortung für ihre Unmündigkeit dem Fabrikarbeiterverband zuschieben können, haften sie das große Maul, als sie aber zeigen sollten, was sie können, verlängern sie kluglich. Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft die Lehren daraus.

Die soziale Belastung nach gewerkschaftlichen Untersuchungen.

Als in England die Anhänger der unbeschrankten Ausdehnung der Arbeiterschaft gegen die Ansprüche der Arbeiterschaftsgesetzgebung stark kämpfen, weil sie nach ihrer erfürchtigen Ansicht die Weltbewerbsfähigkeit der englischen Industrie verringerne, da trat der englische Staatsmann Macaulay jener Ansicht in seiner berühmten Rede im englischen Parlament am 26. Mai 1846 entgegen:

„Ihr versucht aus zu schrecken, indem ihr uns erzählt, in einigen deutschen Fabriken arbeiten die jungen Leute 17 Stunden von den 24; sie arbeiten so stark, daß sich dort niemals Langenrunden nicht einer finde, der die nötige Größe erreichte, um in die Armee aufgenommen zu werden, und fragt, ob wir uns, wenn wir diese Bill annehmen, gegen denartigen Wettbewerb zu halten vermögen. Sir, ich lache über den Gedanken an solchen Weltbewerb. Wenn wir jemals genötigt, die erste Stelle unter den Handelsvölkern abzutreten, so werden wir sie nicht einem Geschlecht entgegenzutragen, sondern irgend einem am Körper und Geist hervorragend kräftigen Volk abtreten.“

Dieser in seinen politischen Gedankengängen konservativer gebliebene englische Staatsmann hat die sozialpolitischen und sozialökonomischen Wirkungen einer verhältnismäßig Sozialpolitik richtig gekennzeichnet. Im Gegensatz zu dieser durch geschichtliche Erfahrung als richtig ermittelten Ansicht zeigt das deutsche Unternehmertum „sich der Wirklichkeit in dem von ihm mit aller Energie erzielten Abbau der Sozialpolitik, in einer Minderung der Leistungen der Sozialversicherung, weil die Kosten der Sozialpolitik angeblich eine zu starke Belastung der Wirtschaft verursachen und deshalb ihre Weltbewerbsfähigkeit herabdrücken“. Ihre Stellungnahme zur Sozialpolitik in Verbindung mit ihrer Lohn- und Arbeitszeitpolitik bestätigt zu der Annahme, daß das deutsche Unternehmertum den Widerstand der deutschen Volksarbeiter zur Wiedergabe der Arbeiterschaft einer verdeckten Arbeiterschaft erhofft. Mit allen Mitteln will sie den Kampf gegen die Sozialversicherung. Der öffentliche Meinung wird durch die bürgerliche Presse die Meinung eingerichtet, daß die finanziellen Ausgaben für die Renten-, Unfall- und Invalidenversicherung für die Erwerbslosenunterstützung die deutsche Wirtschaft an den Betriebsschaden bringt. Bei der Berechnung der hierfür erforderlichen Summen scheint man sich nicht von Aberrationen, die ja stark waren, doch trifft dem Unternehmertum die Reichsarbeitsteilung die Gedanken, daß in mehreren Jahren im Reichsbericht (1921, Nr. 25, 1922, Nr. 26) erachtet, daß die Sozialversicherungen in den Unternehmern Sozialräumen helfen sollen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat nun eine größere Untersuchung eingeleitet, um den Streitpunkt über die Höhe der sozialen Belastung der Industrie noch nicht zu klären, ganz besonders über das Verhältnis zwischen Lohnhöhe und des von dem einzelnen Arbeitnehmer zu leistenden Sozialversicherungen. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde von Franz Spieldi im Bericht der vom ADGB herausgegebenen Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Betriebswissenschaften. Die Arbeit in einer längeren Abhandlung dargelegt.

Der Untersuchung liegen Statistiken und Schätzungen zugrunde. Das Material wurde durch die Ortsgruppen bearbeitet. Für die Statistik wurden aus 71 Orten in den verschiedensten Teilen des Reiches 820 Lohnuntersuchungen durchgeführt und ausgedehnt wurden Lohnuntersuchungen aus 7 Einzelbetrieben zur Verfügung. In Beträgen kann mit die Lohngruppenperiode Ende 1921 und Anfang August 1922. Die Menge des bearbeiteten Materials könnte im Durchschnitt der Gesamtzahl der Arbeiter in Betrieben und klein erachtet zu knapp die Lohnsätze aus den verschiedensten Berufen und Betrieben, aus Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben aus allen Teilen des Reichs zusammen, in einer gewissen Gewalt dafür gegeben, daß bei dieser Ganzheitlichkeit natürlich der niedrige Durchschnitt

gefunden wurde. Das wird auch durch ein eingehendes Studium des Ergebnisses bestätigt. Bei der Bearbeitung wurden drei Gruppen gebildet, indem die Lohnsätze aus Berlin ausgeschafft und gesondert von den übrigen behandelt wurden. Die dritte Gruppe bezieht sich auf die sieben Einzelbetriebe, für welche die Lohnsätze vorlagen.

In der ersten Gruppe, die das Reich ohne Berlin umfaßt, sind Lohnsätze von 7591 Arbeitern bearbeitet. Diese Arbeiter hatten einen Wochenarbeitsdienst von insgesamt 207 860 Mk. Von dem Lohn gingen ab: Für die Krankenkasse 8744 Mk., Invalidenversicherung 3160 Mk., Erwerbslosenfürsorge 1539 Mk., und außerdem für Steuern 9605 Mk., so daß der Lohnbetrag 182 806 Mk. ausgeschüttet wurden. Im Durchschnitt werden dem Arbeiter für die soziale Versicherung 6,4 Prozent, für Steuern 4,6 Prozent, insgesamt 11 Prozent vom Lohn abgezogen. Diese Abzüge treffen jedoch die Arbeiter nicht gleichmäßig, wie die folgende Gruppierung nach Lohnstufen zeigt. Wir beschränken uns hierbei auf die Wiedergabe der Verhältniszahlen.

Lohnstufen	Zahl der Arbeiter	Durchschnittlicher Verdienst	Von dem Verdienst werden abgezogen in Prozenten			Von dem Verdienst werden ausgeschüttet Prozent
			Krankenkasse	Unfallversicherung	Erwerbslosenfürsorge	
10—20	2275	15,86	4,5	1,8	0,8	7,1
20—30	2434	25,19	4,3	1,8	0,8	6,9
30—40	1973	34,71	4,1	1,5	0,7	6,8
40—50	762	44,02	3,9	1,1	0,8	5,6
über 50	150	56,28	3,9	0,9	0,6	5,4
Insgesamt	7594	27,37	4,2	1,6	0,7	6,4

Das interessanteste Ergebnis dieser Übersicht ist die Feststellung, daß die sozialen Beiträge den Arbeiter zum so höher belasten, je niedriger sein Lohn ist. Das zeigt sich durchgängig bei allen Zweigen der sozialen Versicherung, am stärksten bei der Invalidenversicherung. Das ist eine Ungerechtigkeit, die durch den Steuerauszug, der den höheren Verdienst stärker belastet, nur unvollkommen ausgeglichen wird. Die besondere Berechnung, die sich auf 738 Lohnstufen aus Berlin erstreckt, zeigt, daß die Verhältnisse hier sich von denen im übrigen Reich kaum unterscheiden. Das Berliner Ergebnis ist in der folgenden Übersicht zusammengestellt:

	Insgesamt		Pro Kopf	In Prozent
	Mr.	M.		
Gesamteinkommen	26 717	—	86,20	
Krankenkasse	1 230	—	1,67	4,6
Invalidität	344	—	0,46	1,3
Erwerbslosenfürsorge	64	—	0,09	0,24
Soziale Abzüge insgesamt	1 638	—	2,22	6,1
Steuern	1 409	—	2,03	5,6
Ausgezahlter Lohnbetrag	23 580	—	31,95	88,3

Das durchschnittliche Einkommen beträgt hier 86,20 Mr. Die sozialen Abzüge erfordern 6,1 Prozent des Lohnes, die Steuern 5,6 Prozent, so daß 88,3 Prozent des Lohnes ausgeschüttet werden.

Nach einer anderen Methode sind die Angaben aus den sieben Betrieben verarbeitet, aus denen die Lohnstufen für alle Arbeiter vorliegen. Es handelt sich um mitteldeutsche Betriebe verschiedener Industriezweige. Die erfaßten Lohnperioden sind in den Betrieben angebracht. Nachstehend bringen wir eine gekürzte Wiedergabe der veröffentlichten Tabelle:

Betriebsart	Zahl der Arbeiter	Zahl der Wochenlöhne	Höhe der sozialen Abzüge in Prozenten			In Prozent
			Krankenkasse	Unfallversicherung	Erwerbslosenfürsorge	
Metall	428	1 712	89 411,08	8,8	1,6	0,67
Gußstahl	1852	7 408	210 790,—	8,6	1,6	0,74
Metall	560	2 240	62 408,86	4,0	1,5	0,82
Holz	100	800	9 687,04	8,5	1,3	0,79

Jahresbericht des Gaues 15 über das Jahr 1924.

Der Anfang des Jahres 1924 war für die Bestrebungen der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter auf ein unerträgliches Maß herabzudrücken, außerordentlich günstig. Die Arbeiterschaft hatte ein Jahr der größten Entbehrungen, die durch die rasanten Goldentwertung im Jahre 1923 verursacht waren, hinter sich. Es war deshalb durchaus verständlich, daß die Arbeiterschaft bei der Einführung der Goldmark, zu Beginn des Jahres 1924, sich mit Goldlöhnen zufrieden gab, die erheblich unter den Friedenslöhnen lagen. Hinzu kam, wodurch das Bestreben der Unternehmer begünstigt wurde, daß ein Teil der Arbeiter den Gewerkschaften den Rücken kehrte, was den Unternehmern nicht verborgen bleiben konnte. Aber nicht allein niedrige Löhne war das zu erzielende Ziel der Arbeitgeber, sondern auch die Verschlechterung der sonstigen Arbeitsbedingungen, Urtaub, die Bezahlung von Arbeitsversäumnissen auf Grund des § 616 des BGB, Aufschläge für Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeiten. Alles das waren nach Ansicht der Unternehmer unproduktive Kosten, die die Industrien nun auf einmal nicht mehr tragen konnten. In sozialen Industrien wurden nun die Rahmenentwertungen von den Unternehmern gefordert, um durch einen tariflosen Zustand die Arbeitsbedingungen, wie eben, wieder diktiert zu können. Hierbei spielte die Frage der Wiedereinführung der 10- und 12stündigen Arbeitszeit für die Unternehmer eine ganz besondere Rolle. Es mußte zu unserem Bedauern festgestellt werden, daß in der Arbeitszeitfrage die Arbeiterschaft in einer Reihe von Industrien und Betrieben nicht die nötige Energie an den Tag gelegt hat, um eine Arbeitszeitverlängerung zu verhindern. Es wurden in den Versammlungen wohl grobe Löhne geredet über den Vertrag am Arbeitsmarkttag, aber sich selbst energisch gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zur Wehr zu setzen, dazu reichte der Mut nicht aus. Die Schlichtungsausschüsse in der Arbeitszeitfrage anzuregen, war vergebene Liebesmüh. Die Sprüche, die gefüllt wurden, kannte man schon eher, bevor überhaupt die Verhandlung eröffnet wurde. Aber trotz der ungünstigen Verhältnisse, womit das Jahr 1924 für die Arbeiterschaft begann, trock der Mitgliedsflucht, der geschwächten Verbandsfinanzen usw., haben wir im Jan 15 doch ganz erhebliche Lohnverbesserungen für unsere Mitglieder in allen Industrien durchsetzen können, so daß in diesem Punkte die Unternehmer sicher ihr Ziel nicht erreicht haben. So brachte der durchschnittliche Stundenlohn in der Ziegel- und Kalksandstein-Industrie am 31. Dezember 1923 für Arbeiter 32 Pf. für Arbeiterinnen 22 Pf. pro Stunde, dagegen am 31. Dezember 1924 für Arbeiter 49 Pf. und für Arbeiterinnen 35 Pf. pro Stunde. Das ist eine Steigerung bei den Arbeitern um 53 Prozent, bei den Arbeiterinnen um 59 Prozent.

In der Papier-Industrie betrug der durchschnittliche Stundenlohn am 31. Dezember 1923 für Arbeiter 40 Pf. für Arbeiterinnen 26 Pf. pro Stunde, dagegen am 31. Dezember 1924 für Arbeiter 56 Pf. für Arbeiterinnen 38 Pf. pro Stunde. Die Steigerung beträgt bei den Arbeitern 40 Prozent, bei den Arbeiterinnen 46 Prozent.

Der Standeslohn in den Zementbetrieben stand am 31. Dezember 1923 für Arbeiter auf 30 Pf., für Arbeiterinnen auf 20 Pf. pro Stunde, dagegen am 31. Dezember 1924 für Arbeiter auf 45 Pf. und für Arbeiterinnen auf 31 Pf. pro Stunde. Die Steigerung beträgt bei den Arbeitern 50 Prozent, bei den Arbeiterinnen 55 Prozent.

Dieselbe Lohnsteigerung haben die Arbeiter der Papier verarbeitenden Industrie, Wandplattenfabriken, Zementwaren- und Klinkersteinfabriken usw. aufzuweisen.

In der letzten Zeit machen sich Aussichten der Arbeitgeber aus den Arbeitgeberverbänden, womit wir im Tarifverhältnis stehen, im verstärkten Maße bemerkbar. Diese Erscheinung ist sicher nicht daran zurückzuführen, daß die Unternehmer Gegner der Arbeitgeberverbände geworden sind, sondern sie wollen sich durch ihren Ausstoss aus der Tarifgemeinschaft um die Zahlung der Tariflöhne herumdrücken und sich die Möglichkeit schaffen, für ihre Betriebe die Lohn- und Arbeitsförderungen selbst festzulegen zu können. Sie können die alten „schönen“ Zeiten nicht vergessen, wo sie nur allein darüber bestimmten, unter welchen Bedingungen ihre Arbeiter zu arbeiten hatten. Diese Ausstossbewegung der Arbeitgeber ist aber auch sicher darauf zurückzuführen, daß der Reichsarbeitsminister immer mehr dazu übergeht, jeden Einspruch einzelner Unternehmer gegen beantragte allgemeine Verbindlichkeitserklärungen von Lohn- und Rahmenarbeitsverträgen und einzelne Betriebe vor der Verbindlichkeit anzunehmen. Aus diese Erscheinung werden wir für die Zukunft besonders unser Augenmerk richten müssen. Es darf unsererseits nicht zugelassen werden, daß solche Arbeitgeber, die außerhalb der Tarifgemeinschaften stehen, billigere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, als unsere Tarife vorsehen.

Bis zur Einführung der Goldwährung gegen Ende des Jahres 1923 standen die Löhne der chemischen Industrie im Jan 15 auf einer Höhe, die in nomineller Hinsicht die Löhne mancher gelehrter Berufsgruppen weit übertraf.

Die der Stabilisierung auf dem Fuße folgende Abschrägung bot dann aber der chemischen Industrie Gelegenheit, die momentan auf Goldpreisniveau laufenden Löhne derart herabzudrücken, daß Sujagen über Nacht die chemische Industrie von allen uns nahestehenden Industriegruppen die niedrigsten Löhne aufzuweisen hatte. Unter den obwaltenden Umständen mußte dieser Rückschlag zunächst so hingenommen werden. Unsere Hoffnung, die erlittene Scharte im Laufe des Berichtsjahrs wieder auszuheilen zu können, hat sich leider nicht restlos erfüllt.

Den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer stellten die Arbeitgeber den angeblich seit sechs Jahren ununterbrochen notleidenden chemischen Industrie den stärksten Widerstand entgegen. Zu Beginn des Jahres 1924 stellte sich der Spitzenlohn für den Arbeiter über 20 Jahre in der Sektion III B auf 42 Pf. pro Stunde, am Schlusse des Jahres auf 30 Pf. pro Stunde. In der gleichen Zeitspanne erhöhte sich der Spitzenlohn des chemischen Arbeiters im Wirtschaftsgebiet Hannover-Nord von 38 Pf. auf 35 Pf. pro Stunde. Diese der Entwicklung des Gehalts in keiner Weise Rechnung tragenden Lohnherabführungen waren größtenteils nur durch Verzerrung des Haupttarifvertrages in Berlin zu erklären. In vereinzelt auch zum Streik gebrachten werden. Die in keiner befriedigende Entwicklung der Lohnbildung der chemischen (die nach der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten) des Gaues von übertragender Bedeutung ist, blieb natürlich nicht ohne Auswirkung auf die Lohnpolitik der sonst noch in Frage kommenden Industriezweige.

Angesichts dieser Sachlage, die durch die Arbeitszeitfrage noch wesentlich verschärft wurde, erscheint es verständlich, wenn im Laufe des Jahres wiederholt Bestrebungen aufzutreten, die dahin zielen, den Reichstag sowie die Bezirksräte endgültig zu befreien, oder aber die Beauftragten Chemie in einzelne Fachgruppen aufzuteilen, um diese alsdann tariflich gesondert zu behandeln. Von einer solchen Umformung des Tarifwesens erwartete man außerdem eine stärkere Belebung der Organisation und der gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Betrieben. Es ist hier nicht der Ort, des nahen aus die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit solcher Ideeungen einzugehen; aber es ist immerhin charakteristisch, daß solche Bestrebungen stets dort erst in Erscheinung treten, wo die Ergebnisse der Lohnpolitik einer bestimmten Tarifgemeinschaft erheblich unter dem offiziellen Lohnniveau liegen, wie es seit mehr als einem Jahr in der chemischen Industrie der Fall ist.

Weniger schwerig und mit wesentlich besseren Ergebnissen gestaltete sich die Lohnentwicklung in der Margarine- und Speiseöl-Industrie, die im Gegenjahr zur chemischen Industrie nicht in erster Linie auf Spur angewiesen sind. Während in der Speiseöl-Industrie der Spitzenlohn eine Steigerung von 45 Pf. auf 68 Pf. pro Stunde erfuhr, erhöhte sich der Spitzenlohn in der Margarine-Industrie im Laufe des Berichtsjahrs von 38 Pf. auf 70 Pf. pro Stunde.

Von einigen geringen Abweichungen abgesehen, ist das Bild der Lohnentwicklung in der Seifen- und kosmetisch-pharmazeutischen Industrie das gleiche wie in der chemischen Großindustrie.

Dasselbe gilt auch für die Zucker- und Fisch-Industrie. Die Tiefen-Industrie ist in unserem Gau bis auf einige wenige Betriebe

zusammengeschmolzen. Als bemerkenswertes Vorfälle sind zur Zeit nur noch die am Hunte-Ems-Kanal im Freistaat Oldenburg gelegenen Moorlandereien anzuschreiben.

Der Geschäftsgang in den hier behandelten Industriezweigen war vielleicht mit Ausnahme der Gummi-Industrie im allgemeinen mäßig. Das Organisationsverhältnis in den einzelnen Branchen hat sich infolge der verstärkten Agitation im Berichtsjahr merklich gebessert. Die zeitige Einstellung der Mitglieder weist ebenfalls erfreuliche Symptome wiederkehrender Gesundung auf. Alles in allem genommen können die im Berichtsjahr erzielten Erfolge beachtlich genannt werden, wenn man bedenkt, unter welch ungünstigen Aussichten das Jahr 1924 seinen Anfang nahm.

An der unbeweglichen, sieghaften Idee der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist der Generalaufruhr des deutschen Unternehmens an der Wende des alten Jahres gescheitert. Und wie ein Treppenwitz der Weisheitlichkeit wird die Geschichtsschreiber in späterer Zeit die Tatsache anmaßen, daß ein Teil der Arbeiterschaft selbst es war, der einem revolutionären Unternehmertum hilfreiche Hand leistete bei dem Versuch, das einzige Volkswerk des Proletariats, die Gewerkschaften, zu zerstören!

Umsonst! Wir streiten weiter — vorwärts und aufwärts — unaufhaltsam!

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Tödlicher Unfall in der „Tetralin“ in Rodleben.

Am 17. April kam es in der Hydrieranlage des Tetralinwerkes in Rodleben bei Dessau, der Firma Riedel gehörig, zu einer Explosion, wobei der Meister Bunge aus Magdeburg, der in der Fabrik Isolier-Montagearbeiten auszuführen hatte, zu Tode kam und ein Arbeiter, der sich am Rettungswerk beteiligte, im Gesicht stark verbrannte. Die Explosion erfolgte, als kündigte, daß einem Reinigungsprozeß unterzogen wurde, von einem Autoklaven in einem anderen übergegangen wurde.

Nach Angabe der Unternehmer ist die Arbeit in der chemischen Industrie nicht gefährlicher wie in anderen Betrieben. Die Massenunglücksfälle, wie in Oppau, Saarwellingen, Reinsdorf und vielen anderen Orten, sollen auf nicht vorauszusehende Ursachen zurückzuführen sein, aber keineswegs eine größere Gefahr wie in anderen Industrien darin. Solche Angaben brauchen zwar mit den Tatsachen nicht übereinzustimmen, fragen aber mit dazu bei, daß Unfälle in der chemischen Industrie, die wenige oder nur ein Menschenopfer fordern, kaum noch beachtet werden.

Und wieder eine Pulverexplosion!

Aus Junktensmühle bei Bergisch Gladbach wird gemeldet, daß die dortige Pulvermühle in die Luft geslogen ist. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt.

Dass die Sprengstoff- und Pulverarbeiter unter besonders großen Gefahren arbeiten, ist allgemein bekannt. Nur die Unternehmer wollen davon nichts wissen. Sie verlängern die Arbeitszeit über acht Stunden hinaus und lassen mit Vorliebe im Akkord arbeiten. Doch dadurch die Gefahren erhöht und Menschen aufs Spiel gesetzt, läßt die Profitmacher kalt. Von Unternehmern, die sich auf Bestellung von einem technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft den Sack prägen ließen, daß eine Sprengstofffabrik fast nur aus Schnupftütchungen sowohl in der Bauart als auch in der Apparatur besteht, nimmt das nicht Wunder.

Zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit der Sprengstoffarbeiter, wo sie auch die Pulverarbeiter sind, sind noch weit umfangreichere Schutzvorrichtungen und vor allem viel schwächer verantwortung derselben durch die Behörden vornahmen. Für eine Fortentwicklung des Arbeiterschutzes in der chemischen Industrie, einschließlich der Pulver- und Sprengstoffindustrie, sind die Aussichten aber nicht günstig. Bei der angeblich großen Not der Unternehmer und der politischen Krise Luther-Hanenburg darf sich die jüngste Generation der Chemie-Arbeiter keine Hoffnungen machen, daß der Staat energische Maßnahmen zum Schutze ihres Lebens und ihrer Gesundheit unternimmt wird.

Papier-Industrie

Herrung der Produktion.

Arbeitszeitverlängerung, niedrige Löhne und Hochhaltung der Preise mit Hilfe von Preiskonventionen und Syndikaten, das sind die Mittelchen, mit denen die deutsche Industrie — auch die Papier-Industrie — versucht, ihre Betriebe rentabel zu gestalten. Dass dabei das Gegenteil erreicht wird, wollen die Unternehmer und ihre Herren Volkswirtschaftler und Nationalökonomie nicht einsehen. Dass durch eine Verlängerung der Arbeitszeit vorübergehend auf kurze Zeit eine Produktionssteigerung unter Umständen erzielt werden kann, braucht nicht bestritten zu werden. Auf die Dauer aber macht diese Produktionssteigerungsmethode in das Gegenteil umschlagen. Diese Tatsache ist von Bosch und anderen erstaunlich in das Problem der Arbeitsleistung eingedrungenen Unternehmern wiederholt zugegeben worden. Über lange Arbeitszeit als Dauereinrichtung muß zur Überspannung der geistigen und körperlichen Arbeitskraft und damit zur Herausförderung der Leistungsfähigkeit führen. Dazu kommt, daß nicht nur in der Großstadt, sondern auch auf dem flachen Lande die Arbeiter sehr häufig stundenlange An- und Abmarschwege bis zur Arbeitsstätte zurückzulegen haben, die teils mit der Eisenbahn, sehr häufig aber mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt werden und mit hinzu schon eine Arbeitsleistung darstellen.

Bei den Arbeitszeitverhandlungen im Düssener Gebiet, für Papierus-Mannheim und Zellstoff-Fabrik Waldhof und bei vielen anderen Betrieben haben wir feststellen müssen, daß die Arbeiter Abmarschwege bis zu 2 Stunden und ebenso lange Abmarschwege zu leisten haben. Trotzdem haben die Unternehmer allen Ernstes die täglich zwölfstündige Arbeitszeit verlangt und recht häufig durch das berüchtigte „Scharfichterkollegium“ auch zugesprochen erhalten. Dass bei einem Arbeiter, der täglich bis zu 16 Stunden seinem Arbeitgeber — mit An- und Abmarschwegen — zur Verfügung steht, die Arbeitsleistung sinkt, bedarf doch wirklich keiner erstaunlichen Begründung. Trotzdem wurde diese Tatsache von Fabrikdirektoren, Unternehmern und hochgelehrten Senatspräsidenten und Kammergerichtsräten bestritten. Zu dieser Frage führte ein deutscher Hüttenmann vor kurzer Zeit ähnlich der Prüfung der Arbeitszeitfrage in der Hütten-Industrie wörtlich folgendes aus:

„Wir haben den Arbeitstag recht bald wieder eingeschafft, weil andere Leute zum Teil Fußwege von 2—3 Stunden für An- und Abmarsch zu leisten haben und dadurch sinkt die Arbeitsleistung!“

Niedrige Löhne müssen nicht nur zu einer Unterernährung der Arbeiter und deren Familienmitglieder, sondern auch zu einem geistigen und körperlichen Kräfteverlust und damit zum Produktionsrückgang führen. Gleichzeitig aber schwächen

niedrige Löhne die Kaufkraft der Arbeitnehmer, drängen diese als Konsumenten von der Kaufmöglichkeit der Waren zurück, behindern dadurch die größtmögliche Absatzmöglichkeit auf dem Inlandsmarkt und führen so zu Absatz- und Produktionsrückgangen, die — auf unsern heutigen Verhältnisse bezogen — durch eine erhebliche Steigerung der Ausfuhr sehr schwer ausgeglichen werden können, weil die Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt jetzt eingeschränkt sind. Produktionsrückgangen und die Behinderung der vollen Betriebsausnutzung müssen aber wiederum zu ungemein hohen Preiskalkulationen und damit zu neuen Absatzrückgangen führen. Meistens ist es aber den Unternehmern durch ihre Arbeitszeitverlängerungsfordernisse gar nicht ernstlich um Produktionssteigerungen zu tun, sie wollen vielmehr einen volkswirtschaftlich betrachteten, kurzfristigen Lohndruck auf ihre Arbeiterschaft ausüben. Diese Tatsache bestätigte anschließlich der bereits erwähnten Arbeitszeitverlängerung ein anderer Hüttenmann mit folgenden Worten:

„Ja, wenn die Arbeiter bei der Arbeitszeitverlängerung den gleichen Stundenlohn haben wollten wie bei der zwölfstündigen Arbeitszeit, dann würden sich die beiden Parteien in der Arbeitszeitfrage wohl recht bald einig werden!“

Über den volkswirtschaftlichen Wert der Preis-konventionen schreibt der Dozent an der Humboldt-Hochschule in Berlin, Herr Wilhelm Auerbach in der „Papierzeitung“, Nr. 22, Jahrgang 1925, folgendes:

Vor allem muß die Preisstaffelung fallen. Wer kann oder kennt in anderen Ländern solche Preis-konventionen? In der Papierverarbeitung (Briefumschlagskonvention) sind sie zusammengebrochen, in der Papierverarbeitung halten sie noch fort. Mögen diese künftlichen Preisregelungen ein zweit, ein dritter, ein vierter oder ein fünfter Preisregelung sein — es kommt die Zeit, wo sie zum Sagen des ganzen Gewerbes werden. Lieber geht, wo die Erzeugung schlanken Absatz zu guten Preisen findet, einerseits, als später, wenn es lang geht — und kein Geld mehr da ist.“

Wir haben diesem sachverständigen Urteil über den Wert der Preis-konventionen nichts hinzuzufügen und möchten nur kurz bemerken, daß jede Preisvereinigung, die ihr Ziel nur in der Hochhaltung der Preise vom kurzfristigen Interessenstandpunkt aus sieht, abwirtschaftlich und zusammenbrechen muss.

In den Fragen der Produktionssteigerung und -verbilligung müssen erfolgreicher Wege gegangen werden, als die von den deutschen Unternehmern beschrittenen und rückständigen Methoden der Arbeitszeitverlängerung und -des Lohndrucks. Man braucht Ford wirklich nicht als den Ketter der Industrien, als den Produktionsherkömmer der Arbeiterschaft anzusehen, man braucht sich wirklich nicht einzubilden, daß eine sklavische Übertragung der Fordshen oder gar der Taylorschen Ausbeutungsmethoden auf deutsche Verhältnisse die gleichen Erfolge erzielt, und doch wird man zugestehen müssen, daß Ford den Beweis erbracht hat für eine rationellere und billigere Produktionsweise mit Hilfe der Betriebsorganisation, der Heranziehung aller technischen Produktionsmittel und durch Vereinheitlichung der Erzeugnisse. Welche Vorteile auch in der deutschen Industrie mit Hilfe dieser Betriebsorganisation, unter Berücksichtigung der Wünsche und der Geschmacksrichtung der Konsumenten im Inlande, der Möglichkeiten auf dem Weltmarkt, zu erreichen sind, bedarf eines eingehenden Studiums der einzelnen Industriezweige und der in Frage kommenden Betriebe und deren technischen Einrichtungen. Wirkt sich eine solche verbesserte Betriebsorganisation nicht als offensichtliche Ausbeutungsmethode zum Schaden der Arbeiterschaft aus, sondern dient sie dazu, daß Arbeiterklassen die Lebenslage besser und weniger zu gestalten, so dürfte ein Widerstand — besonders wenn Unternehmer und die Vertretungen der Arbeiterschaft sich über Arbeitsmethoden und Tarifvertrag verständigen — der Arbeiterschaft kaum zu erwarten sein.

Über die Wirkungen einer geeigneten Betriebsorganisation bringt der schon erwähnte Dozent Wilhelm Auerbach in der „Papierzeitung“ (Nr. 22, 1925) interessante Zahlenangaben in der „Papierzeitung“. Das Zahlenmaterial stützt sich auf ein Untersuchungsergebnis des Verbandes der chemischen Ingenieure, der in sechs Industriezweigen, unter Berücksichtigung größerer und kleinerer Unternehmungen, die Verluste untersucht hat und dabei folgendes Ergebnis gezeigt:

Industrie	Verlustanteile im Durchschnitt	Verlustanteile der kleinen Betriebe	Schuldanteile an den Betrieben		
			Deutschland	Deutschland	Deutschland
Zellstoffindustrie	64 v. H.	27 v. H.	75	16	9
Baumwolle	53 v. H.	30 v. H.	65	21	14
Druckindustrie	58 v. H.	30 v. H.	63	26	9
Schuhindustrie	41 v. H.	12 v. H.	73	11	15
Metallindustrie	29 v. H.	6 v. H.	21	9	10
Tiefbauindustrie	49 v. H.	26 v. H.	50	10	46

Aus dieser Untersuchung geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß durch eine entsprechende Betriebsorganisation in Verbindung mit der geeigneten technischen Ausgestaltung der Betriebe die Verlustpunkte sich erheblich herabdrücken lassen. Weiterhin aber geht freilich aus dieser Untersuchung her vor, daß der Schuldanteil an diesen Verlusten in erster Linie auf Seiten der Werkleistungen liegt und daß die Schuld der Arbeiter — ungeeignete Arbeitskräfte, mangelnde Verständnis für die Produktion, mangelnde Arbeitsweise usw. — verhältnismäßig gering ist. Bei ausreichender Entlohnung, verhältnismäßiger Arbeitszeitregelung, menschlicher Behandlung, Einsatz der Betriebsdemokratie und der Vertragsrechte, richtiger Verwendung der Arbeitskräfte unter Berücksichtigung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten des einzelnen dürfen auch die auf die Arbeiterschaft entfallenden

Diese Verhältnisse sind vorwiegend auf die vorher erwähnten Ursachen zurückzuführen. Arbeitsunlust sind fast stets die Folgen schlechter Bezahlung und übermäßiger Arbeitszeit oder schändlicher Behandlung der Arbeiter. Streiks und Absperungen können vermieden werden durch Ausbau der Betriebsdemokratie und zufriedenstellende tarifliche Regelung des Arbeitsvertrages. Dass eine Arbeitsunlust sich vor und nach den Feiertagen und Ferien bemerkbar macht, ist eine Behauptung, die Herr Auf der Nöllenburg kaum aus eigener Erfahrung und Beobachtung gemacht haben kann und die zu beweisen ihm wohl sehr schwer fallen würde. Auch dass die städtischen Arbeiter viel eher zu Arbeitskämpfen neigen als die ländlichen Arbeitnehmer, ist eine Behauptung, die allen gewerkschaftlichen Erfahrungen widerspricht.

Wenn Herr Auf der Nöllenburg die hohen Bankzinsen, die von Ende 1923 bis Januar 1925 zwischen 36 und 12 Prozent schwanken, während im Auslande höchstens 5 bis 10 Prozent genommen wurden, als produktionsverhindernde Faktor bezeichnet, so kann ihm hierin nur zugestimmt werden. Dieser Zinswucher kann nicht schrift gering verurteilt und bekämpft werden.

Es gibt also zweifellos erfolgreitere Wege zur Produktionssteigerung und Produktionsverbesserung als verlängerte Arbeitszeit und Hungerlöhne. Die für jede Industrie nur für jeden Betrieb geeigneten Wege zu suchen, ist Aufgabe unserer Industriekapitäne und deren technischen Leiter. Solange diese Wege nicht begangen werden, solange die deutschen Industriellen und besonders die Papierarbeiter glauben, die Rentabilität ihrer Werke nur aus den Arbeiterknochen herausschinden zu können, so lange werden sie mit dem Widerstand der organisierten Arbeiter und deren Gewerkschaften zu rechnen haben. Und auch die Regierung und ihre Instanzen in Reich und Länder, die Arbeitszeitverlängerung und Lohndruck auf das kraftigste unterstützen, wird diesen Widerstand nicht überwinden.

G. Stühler.

Judaspfe der Grüne und Graden

Die Siegel-Industrie im Gau 13.

Am Sonntag, dem 26. April 1925, tagte in Frankfurt a. M. die erste diesjährige Siegler-Konferenz. Dieselbe war außerordentlich gut besucht und zeigte von dem Geiste, der unsere Kollegen bestimmt. Der Tagessitzung wurde zunächst die wirtschaftliche Lage der Siegler behandelt, wobei sich eine Aussprache über die einzusetzenden Forderungen kritische Kollege Segerer (Frankfurt a. M.) sonderte die Lage im allgemeinen. Es ging aus vom Jahre 1923, stellte die Konkurrenzverhältnisse und die dadurch erzeugte Organisationsmöglichkeit. Durch die Organisationsmöglichkeit erfand im letzten Jahr ein besonders großer Schaden. Die Löhne blieben zurück und die Akkordlöhne wurden von den Arbeitgebern willkürlich festgesetzt. Erst im Herbst gelang es, einige Verbesserungen zu erreichen, die dann im Februar noch etwas verbessert werden konnten. Unter dem Druck der Verhältnisse nutzten die Arbeitgeber im vergangenen Jahr die Konkurrenz aus und brachten den befehlenden Mandatentag zum Scheitern.

Der Vorsitzende, Kollege Aehl, ergänzte die letzteren Ausschreitungen an der Hand von Material und stellte fest, dass die Organisations in diesem Jahre, auch ehe unsere Siegler-Kollegen hier eingetroffen waren, wichtige Vorbereitung geleistet habe. Ein neuer Betriebs-Bundesrat ist eingezogen und er sieht bereits zu den nächsten Tagen zur Verhandlung. Der neue Vorschlag scheint Verbesserungen vor, um die unsere Kollegen allerdings hinausgeschauten. Die Frage der Unternehmenskasse, der Menage und des Betriebs bedürfen der raschen Beantwortung. Die Konkurrenz erscheint gut. Sorgte die Kollegen für eine geschlossene Organisation, dann könnte der Erfolg nicht ausbleiben. Wir müssen den Kampf fortsetzen, nicht um bei Kapiteln willen, sondern um unsere ergonomischere Arbeit vor heranziehen. Der Erfolg kommt, das den Siegern aus dem Herzen gesprochen war.

In der vorliegenden Debatte kam die Meinung unserer Kollegen dahin, dass es unabdinglich vorwärts gehen muss. Verschiedenartige Meinungen der Arbeitgeber müssten zerstört werden. Dass die Gewerkschaft allein nicht zur Lösung ausreicht und Zusammenhang und -untergang nicht in Reihen beschreitet, steht Ihnen fest, dass aber, wenn sie den Siegler bei der Arbeit erreichen, für dessen Gewinnlichkeit nicht sorgen werden, müssen wir die Arbeitgeber bestimmen lassen. Etwas was daraus hervorgeht, dass die Meinung der Arbeitgeber über die Siegler eine andere wird. Nicht mehr Sklaven, sondern Menschen wollen wir sein.

Die Frage der Gewerkschaft nahm einen großen Teil der Debatte in Anspruch. Es wurde jedoch, entsprechend der Meinung der Kollegen, ein gefunder Einverständnis als Grundlage geprägt. Das jüngste Gewerkschaftsrecht ist geprägt, dass viele Kollegen nicht damit einverstanden seien, nicht zum Leben ausreichen und Zusammenhang und -untergang nicht in Reihen beschreitet, steht Ihnen fest, dass aber, wenn sie den Siegler bei der Arbeit erreichen, für dessen Gewinnlichkeit nicht sorgen werden, müssen wir die Arbeitgeber bestimmen lassen. Die Frage der Gewerkschaft wurde in eingehender Weise beprobt und der Konsens auf die folgenden Ausschreitungen gewonnen.

Heute kommt es hierauf nicht über die Betriebsvereinigung hinaus und entscheidet die Kollegen, nicht nur während ihres Dienstes, sondern auch in der Freizeit die Organisation bestreiten, damit mit der Sammeltag die Organisation leichter ist. In diesem Punkte der Tagessitzung erzielte Siegler-Vorstand a. M. 100% der wichtigsten Forderungen des Betriebes. Die gesetzte Erwartung der Kollegen die sofortige Fortsetzung der Arbeit in den Betrieben. Sie sollten besonders darauf achten, dass der Tagessitzung nicht eine Lücke besteht, wenn die Sitzungen zeitlich unter einander fallen. So der Fall einiger Tage kann es durch Kollegen aus dem Betrieb ausser der Kollegen Segerer die geforderte und von gesetzlicher Seite vorgesehene Sitzung am Tag gegen 6 Uhr beginnen. End. Stühler.

Eine dringende Aufgabe der Siegelerbeiter.

Es wurde im Interesse der Gewerkschaften Segerer, dass diese in ihrer Gesamtheit endlich den Willen der gesetzgebenden Stände erlangen und die bereits vorliegende Forderung zum Tagessatzungstag als eines Schwerpunktthemas aufzuheben. Der von Ihnen jetzt Jahren bestehende Zustand, den ich Ihnen bei Beginn der Tagessitzung die mit einer weiteren Zeit vor Tagessatzung für den gesetzgebenden Ausschuss aufgestellte Forderung der Gewerkschaften die Vollständigkeit einer nicht mehr bestehenden Forderung der Tagessatzung ist, soll jedoch wiederholt und die Forderung der Tagessatzung bestätigt werden. Da der Tagessatzung bestehend 1924, hat die Tagessatzung auf den letzten Tagessatzung einen sehr guten Eindruck und diese gezeigt. Das ist kein Vorwurf auf dieser Seite und Sicherheit und nach längerer Zeit endlich gelungen, die Siegelerbeiter ganz selbsttätig an die Gewerkschaften zu appellieren und somit endlich entsprechend ihren und unseres Forderungen für eine erfolgreiche Tagessatzung der Tagessatzung bestehend 1924 zu regieren. Es ist nun unerlässlich, dass die Gewerkschaften erneut eine Forderung machen, dass die Tagessatzung wegen Mängel an Betriebsauswahl und

fehlenden Absatz schon nach kurzer Zeit den Betrieb wieder einstellen kann.

Es liegt nun in der Natur der Sache, dass die Siegelerbeiter nur dann veranlassen können, das Verlangen der gewerkschaftlichen Organisation nach zeitgemäßer Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu berücksichtigen, solange die Siegelerbeiter auf die Arbeitsleistungen der Siegelerbeiter angewiesen sind. Es müsste deshalb die Aufgabe der Siegelerbeiter sein, durch die dauernde Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft im Verband dafür Sorge zu tragen, dass bei Beginn der Kampagne die Geschlossenheit der Organisation schon vorhanden ist, und damit auch bei Beginn der Kampagne schon in erfolgreichster Weise auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingewirkt werden kann. Der materielle Inhalt der Tarifverträge, die in einer Zeit abgeschlossen werden, in der alle Siegelerbeiter im Betrieb sind, würde den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter mehr gerecht werden als solche, die in einer Zeit zustande kommen, in der nur einige im Betrieb sind.

Die einzige Ausrede derjenigen Siegelerbeiter, die mit ihren Beiträgen übermäßig lange im Rückstande sind oder ihre Mitgliedschaft haben gänzlich fallen lassen, Ihnen sei es in ihrer Heimat nicht möglich gewesen, ihre Beiträge zu entrichten, weil dort keine Zahlstelle des Verbandes sei, kann nicht als stichhaltig angesehen werden. — Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die Bücher der Mitglieder der "christlich-nationalen" Konturenorganisation sich jedes Frühjahr bei Beginn der Kampagne ebenfalls in einem trockenen Zustande befinden. — Jedes Mitglied hat bekanntlich die Möglichkeit, wenn ihm etwas an der Aufrechterhaltung seiner Mitgliedschaft gelegen ist, entweder von seiner bisherigen Zahlstelle oder vom Hauptvorstand die nötige Anzahl Wertmarken zu beziehen, solange er in Arbeit steht, und mit dem geringen Entgelt von 10 Pf. pro Woche seine Mitgliedschaft zur Zeit der Arbeitslosigkeit aufrecht zu erhalten. Würden die organisierten Siegelerbeiter so verfahren, dann hätten sie bei Beginn der Kampagne fast eine Organisation, die erfolgreich weiter hätte können, und der jährlich sich wiederholende mühvolle Wiederanfang der Organisation mit seinem kostbaren Zeitaufwand brauchte nicht vorgenommen zu werden. Es bliebe dann mehr Zeit und Kraft übrig, die für die gewerkschaftliche Durchbildung der Mitglieder und für die Förderung des Tarifwesens verwendet werden könnte, während heute der größte Teil dieser kostbaren Zeit für die Agitation verwendet werden muss.

Hier in der näheren Umgebung von Hannover haben wir dieses Frühjahr in der Siegelerwerbung endlich einmal wieder eine sehr gute Konkurrenz. Die Vorräte vom vorigen Jahre sind schon seit Monaten total ausverkauft. Welch eine glänzende Gelegenheit, wenn die Siegelerbeiter alle im Fabrikarbeiterverband organisiert wären, einen Tarifvertrag einzuschließen, bei dem die Arbeiter voll auf ihre Rechnung kämen. Staff dessen haben wir bis zum Sommer zu tun, ehe die Organisation eingemessen wieder aufgebaut ist. Darunter leidet natürlich die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz unverhältnismäßig. Wollen doch die Siegelerbeiter endlich erkennen, dass die erfolgreiche Vertretung ihrer Interessen in jeder Zeit und Stunde eine schlagfertige und leistungsfähige Organisation erfordert. In einer Zeit, in der die Vereinbarungsstift des Industrie- und Handelskapitals Organe feiert, können die Siegelerbeiter nicht gleichzeitig und unorganisiert in den Tag hineinkommen. Deshalb hinaus in den Fabrikarbeiterverband und dem Verband die Freiheit gewollt!

Hartleb-Hannover.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Das neue Urkundengesetz der Tschechoslowakei.

Nach jahrelanger Verschleppung hat das tschechische Parlament endlich das Gesetz über den Arbeiterschutz angenommen. Jeder dauernd beschäftigte Arbeiter hat das Recht auf einen Urlaub von sechs Tagen im Jahre, nach zehn Jahren auf sieben Tage, nach 15 Jahren auf acht Tage. Lehrlinge haben bereits nach einem halben Jahr Aufspruch auf acht Tage Urlaub. Der Urlaub ist vom 1. Mai bis 1. September nach Vereinbarung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen zu gewähren. Das neue Gesetz stellt einen beachtenswerten Fortschritt dar. Man darf aber nicht aus den Augen verlieren, dass vor kurzem ein Gesetz in der Tschechoslowakei angenommen wurde, das eine ganze Reihe bisher arbeitsfreier Feiertage abschafft, wodurch die Arbeitstage wesentlich vermehrt werden.

Veränderungen des Arbeitslosenfonds.

Von der verschiedenartigen Gestaltung des Arbeitslosenfonds hängt in grösster Weise die Regierung der Arbeitslosenfürsorge ab. In Österreich, wo die Arbeitslosigkeit, trotz der schweren Wirtschaft in der letzten Zeit, am drückendsten ist, wurde zunächst die Arbeitslosenunterstützung erhöht. In Ländern mit drückender Arbeitslosigkeit in England und in Deutschland, steht die Reform der Arbeitslosenunterstützung auf der Tegeordnung. Wo die Arbeitslosigkeit in besonders hohem Maße abgesunken ist, wie in der Tschechoslowakei und in der Schweiz, wird die Arbeitslosenfürsorge abgewandt. Es ist weiterhin zu beachten, dass die Tschechoslowakei ebenso wie die Schweiz sowohl System der allgemeinen Arbeitslosenunterstützung abgewendet und des Systems der Lebensförderung angenommen haben. Der Unterschied in den Machtmittelkünften der Gewerkschaft beeinträchtigt die verhältnismässige Form des Abwesens, den Unterschied im Falle des Central Systems in den beiden Ländern. Während in der Schweiz die Bundesbeiträge den öffentlichen und privaten Arbeitslosenhilfen genügt werden und der Staatsbeitrag für die Gewerkschaftshilfen geringer ist als für die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam verabschiedeten Kosten, sind in der Tschechoslowakei die Gewerkschaften die alleinigen Organe der Arbeitslosenunterstützung. Natürlich ist die Fortsetzung des Erfolges des Central Systems, wie es auch die Gründung des tschechischen Gesetzes beinhaltet, die Wiederkehr der neuartigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Ob diese Voraussetzung bereit ist, ob die Gewerkschaften, deren Fonds während der wirtschaftlichen Krisen sehr im Aufschwung gekommen waren, ihnen wieder aus eigner Mitteln entsprechendes zu leisten, wird auch in der Tschechoslowakei bestimmt. Besonders die deutschen Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind es, die gegenüber der Einigung des Central Systems die Notwendigkeit der allgemeinen Arbeitslosenunterstützung betonen.

Strafenfragen.

Erfolg und Misserfolg in der Bekämpfung der Strafengeschäftlichkeit.

Die in Österreich abgelehnte Siebente Deutsche Tagung für Strafeng- und Kinderschutz wies auf die Grenzen der Bekämpfung der Strafengeschäftlichkeit hin. Wie Professor Dr. Alles erläuterte, hat der Kampf gegen die Strafengeschäftlichkeit nur auf dem Gebiete der ehelichen Kinder einen ersten Erfolg erzielt. Jetzt ist jedoch der Strafengesetzstand gefährdet zu sein. Die Ursache des Unerschöpfes der Strafengeschäftlichkeit besteht in der Tatsache, dass die Tagung die von den meisten Gewerkschaften erwartete hohe Strafe und Sicherheit nicht erlangt hat. Diese ist nicht ausreichend, um die Strafengeschäftlichkeit zu bekämpfen. Deshalb wurde auch auf der Tagung die Notwendigkeit einer Planmaßnahmen in der Strafengeschäftlichkeit betont, die jetzt noch zu schematisch gehandhabt wird. Die ehelichen Strafengeschäfte und die Strafengeschäfte außerhalb ehelicher

fälliger Frauen sind die am meisten lebensbedrohlichen Strafengeschäfte, daher ganz besonders sorgfältiger Fürsorge bedürftig. Nicht nur die Strafengeschäftlichkeit, auch der Kleinkinderstreich bedarf einer Reform. Die heutige Anstaltspflege ist mit sehr großen Nachteilen verbunden. Die länger als zwei Jahre in Anstalten versorgten Kinder bleiben hinter den gleichaltrigen Haushaltsgenossen zurück, in der Länge zum Beispiel um zwei Zentimeter. Eine Befreiung von den Fesseln der alten Gewohnheiten ist auch in der Anstaltspflege dringend notwendig.

Verbandsnachrichten.

Meldungen für die Arbeiterhochschulen.

Im August d. J. beginnt in der Heimvolkshochschule Tinz ein Männerkursus und im Oktober eröffnen die Arbeiterakademie in Frankfurt und die Wirtschaftsschule in Berlin ihre Lehrgänge.

Der Besuch, vor allem der der Arbeiterakademie und der Wirtschaftsschule, setzt eine bestimmte Vorbildung voraus, die sich die einzelnen Bewerber durch Besuch von Kursen oder Selbststudien erworben haben müssen. Sie sollen das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben und mindestens 3 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen auf, bei denen die Voraussetzungen erfüllt sind und die auf die Teilnahme an einem der Lehrgänge reflektieren, ihre Bewerbungen bis zum 27. Juni beim Hauptvorstand einzureichen. Die Bewerbungen müssen Angaben über Lebenslauf, Bildungsgang, Berufstätigkeit und bisherige Wirkksamkeit in der Arbeiterbewegung enthalten. Ferner ist ein Aufsatz über die Bedeutung einer gründlichen Bildung der Gewerkschaftsfunktionäre für die allgemeine Arbeiterbewegung beizufügen.

Die Bewerber und ihre Angehörigen erhalten eine noch zu vereinbarende Entschädigung für die Dauer der Lehrgänge. Sie müssen sich verpflichten, während dieser Zeit keinerlei Nebenbeschäftigung anzunehmen, sondern ihre ganze Kraft und Zeit dem Studium zu widmen.

Um Irrtümer zu vermeiden, sei von vornherein besont, dass den Besuchern der Schule keinerlei Anrecht auf eine Anstellung in der Gewerkschaft gewährleistet werden darf.

Bewerbungen zu den Bildungskursen für Verbandsmitglieder.

In Ergänzung zu den bisherigen Aufrufen und Antragsformularen hat der Hauptvorstand beschlossen, weitere Kurse abzuhalten, und zwar

im Jahre 1925:

Gau 15 (Hamburg) vom 14. bis 19. September; Bewerbungsfrist bis 16. August 1925.
Gau 12 (Sachsenhausen) vom 5. bis 10. Oktober; Bewerbungsfrist bis 6. September 1925.
Gau 13 (Frankfurt a. M.) vom 26. bis 31. Oktober; Bewerbungsfrist bis 27. September 1925.
Gau 9 (Nürnberg) vom 16. bis 21. November; Bewerbungsfrist bis 18. Oktober 1925.
Gau 14 (Köln) vom 7. bis 12. Dezember; Bewerbungsfrist bis 8. November 1925.

Im Jahre 1926:

Gau 16 (Düsseldorf) vom 11. bis 16. Januar; Bewerbungsfrist bis 13. Dezember 1925.
Gau 7 (Dresden) vom 31. Januar bis 6. Februar; Bewerbungsfrist bis 3. Januar 1926.
Gau 7 (Dresden) vom 21. bis 27. Februar; Bewerbungsfrist bis 24. Januar 1926.
Gau 8 (Erfurt) vom 15. bis 20. März; Bewerbungsfrist bis 14. Februar 1926.
Gau 4 (Stettin) vom 12. bis 17. April; Bewerbungsfrist bis 14. März 1926.
Gau 5 (Darmstadt) vom 3. bis 8. Mai; Bewerbungsfrist bis 4. April 1926.

Die Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, ihre Bewerbungen zur Teilnahme an Kursen bis zu den angegebenen Bewerbungsfristen, die für ihren Gau in Frage kommen, bei ihrer zuständigen Zahlstelle einzureichen. Die Bewerbungen müssen Angaben über Lebenslauf und bisherige Wirkksamkeit im Verband enthalten, sowie Angaben über Teilnahme an Abendkursen oder sonstigen Bildungsveranstaltungen. Falls sich hierzu für den Bewerber keine Gelegenheit bot, ist dieses kurz zu begründen.

Die Ortsverwaltungen haben die Bewerbungen zu prüfen und mit einem Gutachten innerhalb einer Woche an die Gauleitung zu senden. Die Sichtung durch die Gauleitung ist vorzunehmen, dass die Bewerber 14 Tage vor Kursbeginn das Kursus erfahren, ob die Wahl auf sie gefallen ist.

Die Dauer eines jeden Kursus beträgt eine Woche. Die Hörer werden an einem noch zu bestimmenden Ort zusammengefunden und während dieser Zeit von jeder anderen Arbeit freigestellt. Es muss sich also jeder Bewerber vergewissern, dass er für die Zeit des Kursus Urlaub erhält. Im Kursus werden folgende Vortragsthemen behandelt:

Betriebsstrategie und Arbeitsrecht,
Arbeitsvertrag nach GO. und VGB,
Volksschaffenschaft,
Geschichte und Theorie der Gewerkschaften,
Sozialversicherung.

Die Kurssteilnehmer erhalten:

1. Die verheirateten Teilnehmer 80 Prozent, die ledigen Teilnehmer 40 Prozent ihres Arbeitsverdienstes;
2. Eine Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 10 Mark pro Tag mit Überzögern, für Tage ohne Übernachten 5 Mark;
3. Fahrtgeld 3. Klasse vom Wohnort zum Ort des Kurses.

Die Kosten übernimmt die Hauptkasse.

Das Mitglied Frix Mäschke, geboren am 22. Januar 1900 in Freistadt bei Aehl, übergetreten vom Eisenbahnerverband am 15. Mai 1924, Buchnummer S. II 529 608, hat bei seiner Abreise aus Offenberg nicht ordnungsmässig abgerechnet.

Sobald Mäschke sich an einem Verbandsort anmeldet, ist der Verstand davon in Kenntnis zu setzen.

Der Hauptvorstand.

Die Abrechnung vom 1. Quartal haben eingesandt:

- Gau 2. Erdheim.
- Gau 3. Osnabrück.
- Gau 4. Demmin, Dramburg, Hagenow, Grabow, Leiferde, Greifswald, Teterow.
- Gau 6. Habelschwerdt.
- Gau 8. Alsfeld, Eddardschönen.
- Gau 10. Friedberg, Münzen.
- Gau 11. Kiel, Göppingen, Dürheim.
- Gau 12. Seelbach.
- Gau 13. Lübeck, Stolzen, Stolberg.
- Gau 14. Bremen, Oldenburg, Stolberg.
- Gau 15. Friedland.
- Gau 16. Dortmund.